

Stellungnahme | 21.10.2026

Jugendoffiziere dürfen nicht aus Schulen ausgeschlossen werden!

In ihren Sondierungsgesprächen haben sich die drei Berliner Parteien Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD darauf geeinigt, dass sie die Kooperation der Berliner Schulen mit der Bundeswehr beenden. Eine Zusammenarbeit, die erst im Juni dieses Jahres mit einem Kooperationsvertrag vereinbart wurde.

Deutschland steht in einer sicherheitspolitischen Lage, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Bedrohung durch Russland ist konkret, die Verantwortung unseres Staates ist real – und unsere Schulen dürfen bei diesem Thema nicht ausgeblendet werden. Gerade jetzt braucht es Information, Aufklärung und demokratische Orientierung: **Jugendoffiziere müssen in den Schulen präsent sein – Ausschlüsse sind ein falsches Signal.**

Die Bundeswehr genießt in der Bevölkerung hohen Rückhalt – ein klares Zeichen dafür, dass weite Teile der Gesellschaft verstanden haben: Sicherheit ist nicht abstrakt. Sie betrifft jeden. Und sie braucht Transparenz. Wer Jugendlichen in der Schule den Zugang zu kompetenten, neutralen Ansprechpartnern verweigert, sorgt nicht für Ruhe – sondern für Unwissen, Gerüchte und Verunsicherung. Genau das schwächt unsere Demokratie.

Politische Bildung heißt: Fragen stellen dürfen – Antworten bekommen!

Im Grundgesetz stehen Friedensgebot und Verteidigungsbereitschaft gleichberechtigt nebeneinander. Das bedeutet: Demokratie muss Konflikte, Sicherheit und Verteidigung thematisieren – nicht verdrängen. Schulen sind der richtige Ort, um diese Themen **kritisch, sachlich und verständlich** zu behandeln.

Es geht dabei nicht um „Aktionen“ oder „Werbung“, sondern um das, was junge Menschen wirklich bewegt:

- Wie wahrscheinlich ist Krieg?
- Was passiert im Ernstfall?
- Wie verhält man sich im Katastrophenfall?
- Wofür ist die Bundeswehr zuständig – und warum kann sie auch im Inneren wirken?

Diese Fragen sind nicht peinlich. Sie sind entscheidend. Und sie dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen um den modernisierten Wehrdienst sollten die Betroffenen die Chance zu einer sachlichen Debatte in einem neutralen Raum erhalten, um ihre Fragen und Sorgen adressieren zu können und sicherheitspolitische Notwendigkeiten erklärt zu bekommen.

Jugendoffiziere sind keine Werber – sondern Akteure politischer Bildung

Jugendoffiziere werben nicht. Sie nehmen keine Rekrutierung vor – und dürfen in schulischen Veranstaltungen auch nicht werblich auftreten. Was sie leisten, ist etwas anderes: Sie schaffen Klarheit. Sie bringen die Perspektive der Bundeswehr in die politische Bildung ein – mit der gebotenen Neutralität. Zudem leben Sie das Prinzip der inneren Führung aktiv vor und tragen es in die Schulen, indem sie den Schülerinnen und Schülern als Staatsbürger in Uniform auf Augenhöhe begegnen.

Seiten 1 von 2

Genauso wie Informationsangebote anderer staatlicher Institutionen an Schulen normal sind (etwa Polizei oder Gesundheit), muss auch die Bundeswehr als zentrale Sicherheitsinstanz erreichbar bleiben. **Schule ist kein Tabu-Ort für Sicherheitspolitik – Schule ist der Ort demokratischer Aufklärung.**

„Militarisierung“ ist ein Schlagwort – die Realität ist Bildung

Das oft verwendete Argument „Militarisierung der Schulen“ trägt nicht. Es ist eine pauschale Unterstellung, die einer sachlichen Betrachtung nicht standhält. In Wahrheit findet eine **demokratisch gebundene, plural gedachte** Auseinandersetzung statt.

Wer behauptet, dass Jugendoffiziere die Schulen „militarisieren“, ignoriert:

- die Neutralitätsbindung,
- den Informationscharakter der Veranstaltungen,
- die bewährte Praxis in anderen Bundesländern,
- und vor allem die Tatsache, dass Sicherheitswissen ein Grundbaustein mündiger Bürgerinnen und Bürger ist.

Stoppt den Rückschritt – gerade jetzt!

Ein Ausschluss oder eine Einschränkung von Jugendoffizieren ist nicht nur falsch – er ist angesichts der Lage unverantwortlich. Während Russland Europa destabilisiert und Deutschland real betroffen ist, soll ausgerechnet die Bildungsarbeit über Sicherheit und Verteidigung aus den Schulen zurückgedrängt werden.

Das ist ein doppelter Fehler:

1. **Jugendliche werden ohne verlässliche Antworten zurückgelassen.**
2. **Menschen, die dem Grundgesetz verpflichtet sind und Verantwortung tragen, werden aus dem öffentlichen Bildungsraum verdrängt.**

Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten Dienst mit dem Bewusstsein für das Risiko. Die Bevölkerung schätzt diese Arbeit – und junge Menschen verdienen eine offene, ehrliche, sachliche Aufklärung.

Forderung

Wir fordern: **Keine Ausschlüsse, keine Hürden, keine Ausgrenzung – Jugendoffiziere müssen in Schulen präsent bleiben.**

Der Zugang zu Jugendoffizier-Formaten ist als Teil politischer Bildung zu sichern – ohne Einschränkungen, die allein durch Schlagworte begründet werden.

Jugendoffiziere gehören in die Schule – und sie sollen dort sichtbar sein.

Denn Demokratie wächst durch Aufklärung. Nicht durch Wegdrücken.

Publikationen von BundeswehrGrün e.V. geben weder die Position der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch die der Bundeswehr wieder. Sie verstehen sich als Debattenbeiträge für die Auseinandersetzung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, die Förderung des Austausches und des Verständnisses zwischen grüner Politik und den Belangen von Bundeswehrangehörigen sowie die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Über Themen und Inhalt entscheidet der Vorstand.

Seiten 2 von 2